

# Rossol: Ungenügende Informationspolitik

## Keine Antworten auf Pro-Lilienthal-Fragen zur Linie 4

Von Peter Hanuschke

**Lilienthal. Der 17. März rückt näher. An diesem Tag will sich der Gemeinderat ausschließlich mit der Thematik „Verlängerung der Straßenbahnlinie 4“ befassen. Die Initiative Pro Lilienthal, die bekanntlich gegen dieses Projekt ist, hat nichts gegen diese intensive Auseinandersetzung, doch sie ist überzeugt davon, dass sich die Ratsmitglieder nicht verantwortungsvoll mit der Thematik auseinandersetzen können.**

Das gelte sowohl für die Befürworter dieses Projekts als auch für die Gegner im Rat, sagen die Initiativ-Sprecher Harald Rossol und Alfred Werner im Gespräch mit unserer Zeitung. „Die Voraussetzungen, sich ehrlich mit der Linie zu beschäftigen, sind einfach nicht gegeben“, so Rossol. „Es fehlen Informationen, die von grundlegender Bedeutung sind – schon seit Monaten.“

„Wir haben als Initiative dem Bürgermeister im Januar verschiedene Fragen gestellt, deren Antworten für Gegner und Befürworter von entscheidender Bedeutung sind, und darum gebeten, die Antworten mit Dokumenten zu belegen“, erläutert Werner. Pro Lilienthal wollte unter anderem wissen, ob das Finanzamt rechtsverbindlich den Vorsteuerabzug entgegen seiner bisherigen Auffassung zulässt, ob der Streckenkilometerpreis für Lilienthal den Betrag von 8,7 Mil-

lionen Euro nicht übersteigt oder ob bei einer Verteuerung Bremen oder die BSAG den Differenzbetrag übernimmt und Lilienthal von jeglichen Mehrkosten freistellt. In diesem Zusammenhang erinnert die Initiative daran, dass die Investition bei der Linie 1 in Bremen pro Streckenkilometer 17,3 Millionen Euro betragen soll. Außerdem wollte Pro Lilienthal wissen, wer die schon feststehenden Mehrkosten übernommen hat. Denn die für Lilienthal – es sind 2,9 Millionen Euro – würde der Rat nur akzeptieren, wenn der Bund und die Länder auch ihren Anteil übernehmen und eben für den verbleibenden Teil ein Investor gefunden wird.

In seinem Antwortschreiben weist Bürgermeister Willy Hollatz darauf hin, dass die Unterrichtung über das Projekt gegenüber den zuständigen Fachausschüssen im gebotenen und erforderlichen Rahmen erfolgt sei und erfolge. Ebenso habe Pro Lilienthal Unterlagen jederzeit zur Verfügung gestellt bekommen. Außerdem soll eine Sitzungsvorlage zur entsprechenden Ratssitzung am 17. März vorliegen, die alle Fragen beantworte.

Rossol: Das Antwortschreiben spreche für sich. „Die Informationspolitik zu diesem Projekt ist ungenügend – ob gegenüber dem Rat oder der Öffentlichkeit.“ Keiner könne verantwortungsvoll entscheiden, wenn er erst kurz vorher die Informationen bekomme. „Das ist aber wohl so gewollt.“